

Martin Böhm

Mitglied des Bayerischen Landtags
AfD-Fraktion

- Bundes- und europapolitischer Sprecher der Fraktion
- Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europa-Angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Rückfragen: 0171/4433555 (MdL-Büro Coburg)
Mail: martin.boehm@afdbayern.de
Homepage: www.mdl-boehm.de

Pressemitteilung

19.09.2022

Martin Böhm: Das Ankerzentrum Bamberg platzt aus allen Nähten, weil die Staatsregierung der neuen Asylwelle hilflos gegenübersteht

Die Asyl-Lawine hat längst auch Oberfranken erreicht. Händeringend suchen die Kommunen – auch Coburg – nach Wohnraum für Asylbewerber und bitten dabei auch die Bürger um Hilfe, wie Presseberichten zu entnehmen ist. Über die aktuelle Lage im Ankerzentrum Bamberg informiert eine Antwort der Staatsregierung auf eine Schriftliche Anfrage des Coburger AfD-Landtagsabgeordneten Martin Böhm, die interessante Details enthält.

Martin Böhm äußert sich dazu wie folgt:

„Mit mehr als 19,6 Millionen Euro bewegten sich die Gesamtkosten für das Ankerzentrum Bamberg im letzten Jahr weiterhin auf hohem Niveau. Allein die Sicherheitsdienstleistungen kosteten knapp 9,2 Millionen Euro, die Lebensmittelversorgung mehr als 5,7 Millionen und der medizinische Bedarf fast 1,7 Millionen. Diese Zahlen dürften im laufenden Jahr deutlich übertroffen werden, denn zu Ende August war die Einrichtung mit 2258 Personen belegt und platzte damit aus allen Nähten. Ukrainische Flüchtlinge spielen dabei kaum eine Rolle. Mehr als drei Viertel der Bewohner stammen aus Syrien (891), Georgien (631) und Moldawien (208), bei denen es sich überwiegend um Wirtschaftsflüchtlinge handeln dürfte. Die große Mehrheit der Bewohner (1420) sind laut Antwort ‚Ausländer ohne formellen Asylantrag [...] und sonstige ausreisepflichtige Leistungsberechtigte‘. Hier zeigt sich, dass das derzeitige Dilemma zum großen Teil hausgemacht ist. Die Kapazitäten werden von Migranten blockiert, die gar nicht hier sein dürften, weil illegale Migration nicht effektiv eingedämmt wird und Ausreisepflichtige nicht konsequent zurückgeführt werden. Ich fordere die Staatsregierung auf, endlich ihren Job zu machen und die Folgen ihrer Versäumnisse nicht länger auf dem Rücken der Kommunen auszutragen.“

Die Antwort der Staatsregierung im Original ist hier einsehbar: <https://www.mdl-boehm.de/schriftliche-anfragen/>